

## Niederschrift



Gremium: **14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses**  
Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 26.11.2009**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**  
Beginn: 14:05 Uhr Ende: 16:40 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer

**Mitglieder:**

Peter Baumeister  
Hansjörg Durz  
Ulrike Höfer  
Annegret Kirstein  
Rudolf Lautenbacher  
Gerhard Mößner  
Franz Neher  
Alfred Sartor  
Jürgen Schantin  
Joachim Schoner  
Franz Settele  
Robert Wittmann

**Vertreter:**

Pius Kaiser Vertretung für Henriette Kirst-Kopp  
Robert Steppich Vertretung für Stefan Steinbacher

**Verwaltung:**

Sigrid Hausotter  
Sybille Lichti  
Jürgen Lutz  
Jürgen Pabel  
Karl Rohrmoser  
Frank Schwindling  
Martin Seitz

**Weitere Anwesende:**

Bernhard Unterreitmeier, Ingenieurbüro aquasoli, zu TOP 1  
Berthold Greim, Vorsitzender Zweckverband Gewässer III. Ordnung

**Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Tiefbau  
Kreisstraße A 3/A 13 - Hochwasserrückhaltebecken südlich Waldberg;  
Vorstellung des Planungsstandes und Zustimmung zur Planungsvariante  
Vorlage: 09/0244
2. Tiefbau  
Bauhof Diedorf - Rücktritt vom Kaufvertrag Pfau Rexter A 7500;  
Ersatzbeschaffung  
Vorlage: 09/0245
3. Kreishaushalt 2010 - 1. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 30.10.2009)  
Vorlage: 09/0246
4. Tiefbau  
Kreisstraße A 13 - Rad- und Gehweg von Waldberg nach Reinhartshausen;  
Abschluss der Vereinbarungen zum Neubau des Rad- und Gehweges  
mit der Stadt Bobingen und der Gemeinde Großaitingen  
Vorlage: 09/0247
5. Hochbau  
Bestellung eines Arbeitskreises "Berufliches Schulzentrum Neusäß"  
Vorlage: 09/0248
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen

### Nichtöffentliche Sitzung

8. Tiefbau - Auftragsvergabe  
Kreisstraße A 15 - Rad- und Gehweg Gablingen-Batzenhofen;  
Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung
9. Hochbau - Auftragsvergabe  
Generalsanierung des Staatlichen Gymnasiums Königsbrunn;  
Metallbauarbeiten I  
Vorlage: 09/0273
9. Hochbau - Auftragsvergabe  
Generalsanierung des Staatlichen Gymnasiums Königsbrunn;  
Kunststeinarbeiten I - Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung
10. Verschiedenes
11. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

### Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Tiefbau**  
**Kreisstraße A 3/A 13 - Hochwasserrückhaltebecken südlich Waldberg;**  
**Vorstellung des Planungsstandes und Zustimmung zur Planungsvariante**  
**Vorlage: 09/0244**

Anlagen: Bericht Planungsstand

### Sachverhalt:

Der Zweckverband Gewässer III. Ordnung hat im Zuge des „Hochwasserrückhaltekonzepts an der Schwarzach“ mit der Planung begonnen. Als erste von insgesamt 3 Maßnahmen ist die Errichtung eines Hochwasserrückhaltebeckens südlich von Waldberg vorgesehen.

Im beiliegenden Bericht zum Planungsstand werden 3 Lösungsansätze beschrieben. Das Ingenieurbüro aquasoli wird die 3 Varianten in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vorstellen.

Es soll seitens des Landkreises Augsburg eine richtungsweisende Entscheidung getroffen werden, welcher Planungsansatz weiter verfolgt werden soll. Die Vorstellung des Bauentwurfs wird nach Abschluss der Planung in einer weiteren Sitzung des Bau- und Umweltausschusses erfolgen.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:  <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.         </div> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.         </div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <span>€</span> <span>€</span> </div>	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):  <div style="text-align: right;">€</div>	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten:  <input type="checkbox"/> keine  <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung  Eigenanteil:  <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung  Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):  <div style="text-align: right;">€</div>

Bemerkungen:

**Herr Unterreitmeier** vom Büro aquasoli stellt dem Ausschuss die 3 Lösungsansätze vor. Hierzu wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.

Nachdem aus den Reihen der Ausschussmitglieder verschiedene Fragen zum Hochwasserrückhaltebecken gestellt werden, u. a. zur Art der Berechnung des Gesamtvolumens, gibt

**Landrat Sailer** zu verstehen, dass die Maßnahme finanziell vom Zweckverband getragen werde. Der Bau- und Umweltausschuss müsse lediglich deshalb seine Stellungnahme abgeben, weil die Kreisstraße A 13 von der Maßnahme tangiert sei.

**Landrat Sailer** erteilt daraufhin dem Vorsitzenden des Zweckverbandes, Herrn Greim, das Wort. **Herr Greim** berichtet, dass in drei runden Tischen mit der Bürgerinitiative Waldberg versucht wurde, die Belange der Waldberger Bürger mit den technischen Anforderungen und den Möglichkeiten des Zweckverbandes abzustimmen. Man habe sich schließlich darauf geeinigt, mit dem Hochwasserrückhaltebecken etwas weiter vom Ort wegzugehen. Verglichen mit dem Durchlass in der Brücke der A 13 fließen beim 100-jährigen Hochwasser 10 m<sup>3</sup> garantiert ab, ohne dass die Kreisstraße überflutet werde. Oben im Rückhaltebecken sollen noch 315.000 m<sup>3</sup> gespeichert werden. Statistisch gesehen werde die Kreisstraße A 13 alle 20 Jahre beeinträchtigt sein. Durch diese Hochwasserschutzmaßnahme werde die bisher hochwassergefährdete Ortsdurchfahrt geschützt und es stünde ein alternativer Rettungsweg über Reinhartshausen und Bobingen in die Wertachkliniken zur Verfügung.

**Kreisrat Durz** erklärt, dass damit die für den Bau- und Umweltausschuss zentrale Frage beantwortet wurde und deshalb zugestimmt werden könne.

**Kreisrat Lautenbacher** gibt zu verstehen, dass diese Maßnahme in Waldberg dringend notwendig sei. Außerdem möchte er wissen, wie die Anhebung der Kreisstraße technisch machbar sei.

**Herr Unterreitmeier** erläutert, dass es sich hier um kein eigenes Bauwerk handle. Die Straße werde überströmt. Die Böschungen werden flach ausgebildet. Bei einem bestimmten Hochwasserstand werde die Straße in ihrem Tiefpunkt überstaut. Wenn man die Situation wie bisher belassen würde, hätte man bei jedem kleinen Hochwasser schon eine Störung des Straßenverkehrs, was auch für die Anwohner nicht zumutbar wäre. Die genannte Festlegung auf 1,80 m bei HQ20 bezeichnet Herr Unterreitmeier als Kompromiss.

**Kreisrat Neher** stellt fest, dass der Landkreis somit finanziell nicht betroffen sei, sondern es nur darum gehe, den Vorstellungen des Zweckverbandes zuzustimmen. Dies wird von **Landrat Sailer** bestätigt.

### Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den Bericht des Ingenieurbüros aquasoli vom 28.09.2009 über den Planungsstand zur Kenntnis. Der Baumaßnahme „Hochwasserrückhaltebecken Waldberg Variante 3 – Straße im Stauraum mit Teilanhebung der Gradienten und Überflutungshäufigkeit > HQ20“ wird zugestimmt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1

**TOP 3    Kreishaushalt 2010 - 1. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 30.10.2009)  
Vorlage: 09/0246**

### Sachverhalt:

Die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2010 (Stand: 30.10.2009) wurde den Mitgliedern des Kreistages in der Kreistagssitzung am 16.11.2009 ausgehändigt. Dem Vorlageschreiben liegt ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Die bereits im Vorjahr durchgeführte Praxis, die Haushaltsberatungen zu straffen und eine frühere Verabschiedung des Kreishaushaltes anzustreben, soll fortgeführt werden. Um dieses vorgegebene Ziel zu erreichen, wird es notwendig werden, dass sich die im Kreistag vertretenen Fraktionen möglichst umgehend nach der ersten Lesung mit der Haushaltsvorlage auseinandersetzen, so dass die Fachausschüsse ab 11.01.2010 empfehlende Beschlüsse abgeben können. Eine solche Verfahrensweise würde es möglich machen, den Kreishaushalt Ende Januar 2010 im Kreisausschuss abschließend zu behandeln und voraussichtlich Mitte Februar 2010 im Kreistag zu verabschieden.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2009 bis Februar 2010, Stand: 14.10.2009) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreisausschusssitzung am 25.01.2010 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der bisherigen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 und den Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2013 am 22.02.2010 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände, der Verlustbeteiligung an Gesellschaften, der Betriebsmittelverluste des Klinikums und hinsichtlich der Bezirksumlage nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst in der zweiten Dezemberhälfte 2009 möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2010 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2010 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird vom Werkausschuss am 10.12.2009 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 26.11.2009.

**Herr Seitz** ruft die Ausgangslage in Erinnerung, nach der bei einer mit 46 % unveränderten Kreisumlage, einer ungefähr gleich bleibender Umlagekraft und einer neuen Kreditaufnahme von 19,7 Mio. € noch ein ungedeckter Bedarf von etwa 2,5 Mio. € aufzulösen ist. Im vergangenen Jahr sei der ungedeckte Bedarf ähnlich hoch gewesen. Allerdings habe sich der ungedeckte Bedarf insbesondere in den letzten beiden Jahren ohne großes Zutun aufgelöst, da die Schlüsselzuweisungen aufgrund des anwachsenden Steuerverbundes deutlich höher waren. In diesem Jahr werde man diese 2,5 Mio. € ungedeckten Bedarf sicherlich nicht so einfach vom Tisch bekommen, da die Schlüsselzuweisungen eher weniger werden. Ursache hierfür sei das rückläufige Aufkommen aus dem allgemeinen Steuerverbund.

Mittlerweile habe das Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich stattgefunden. Dabei sei es offensichtlich – vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltes des Freistaates Bayern – gelungen, den Rückgang des Allgemeinen Steuerverbundes zumindest teilweise zu kompensieren, indem der Anteil der Kommunen leicht erhöht wurde und der Freistaat Bayern zusätzliche Mittel in diesen Topf hineingeben werde.

Der Landkreis Augsburg werde sicherlich keinen Zuwachs an Schlüsselzuweisungen erhalten. Herr Seitz erklärt jedoch, er sei vielleicht etwas zu pessimistisch bei der Absenkung des Ansatzes für die Schlüsselzuweisungen gewesen.

Unter dem Strich werde dies den Landkreis dennoch nicht davor retten, sich Gedanken darüber zu machen, wie der ungedeckte Bedarf aufgelöst werden könne. Bezüglich der Höhe der Schlüsselzuweisung erwartet sich Herr Seitz einigermaßen gesicherte Zahlen bis zu den Beratungen in den Fraktionen.

Die Gespräche zum kommunalen Finanzausgleich hätten auch ansonsten noch einige interessante Punkte für den Landkreis ergeben. So sei anscheinend sichergestellt, dass die Hochbauförderung auf gewohntem Niveau und auch die Zuweisungen zum Straßenunterhalt in etwa in der bisherigen Höhe beibehalten werden. Im Gegenzug wurden allerdings einige andere Punkte vernachlässigt. Dazu gehören u. a. die Schülerbeförderungskosten, für die der Zuschuss wohl weiterhin nur bei 60 % liegen werde.

Daraufhin erläutert **Herr Seitz** die einzelnen Positionen der Haushaltsvorlage sowie der Zusatzliste.

#### **Lfd. Nr. 1 (Naturschutz- und Landschaftspflege – Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit)**

**Herr Seitz** nennt als Grund für die Ansatzserhöhung auf 28.000 € (bisher 21.000 €) die Absicht, zusätzliche ehrenamtliche Biberberater zu beschäftigen.

**Kreisrat Lautenbacher** ist der Auffassung, dass der Freistaat Bayern die Gelder hierfür zur Verfügung stellen sollte. Schließlich habe sich dieser dazu bereit erklärt, den Biber wieder anzusiedeln. Nun treten massive Probleme in Form von Überschwemmungen etc. auf. Dieser Auffassung pflichtet **Kreisrat Neher** bei.

**Kreisrat Baumeister** macht deutlich, man sei heute hier, um den Haushalt zu diskutieren und nicht die Biberproblematik.

**Landrat Sailer** bittet darum, diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der vielen Vorkommnisse sei die Beratung nur durch den bisher tätigen Biberberater nicht zu schaffen.

#### **Lfd. Nr. 5, Zusatzliste (Naturschutz und Landschaftspflege – Erwerb ökologisch wertvoller Flächen – Grundsatzentscheidung)**

**Kreisrat Neher** weist darauf hin, dass es seines Wissens Mittel des Freistaates aus dem Naturschutzfonds gebe, weshalb er wissen möchte, warum der Landkreis dies machen müsse.

**Landrat Sailer** schlägt vor, sich die Frage des Landschaftserwerbs mit den Fördermöglichkeiten im Ausschuss darstellen zu lassen, bevor der Betrag im Haushalt fixiert werde.

Von **Kreisrat Durz** wird darauf hingewiesen, dass die Regierung von Schwaben keine Flächen erwerbe, sondern den Flächenerwerb nur bezuschusse. Kreisrat Durz ist sich jedoch nicht ganz sicher, ob dies beim Erwerb von Flächen tatsächlich bis zu 90 % seien, wie in der Vorlage dargestellt. Ihm gegenüber wurde von einer Bezuschussung in Höhe von 50 % gesprochen.

### **Lfd. Nr. 30 (Umweltberatungsstelle – Öffentlichkeitsarbeit)**

In Zusammenhang mit dieser Position informiert **Herr Seitz** darüber, dass der Landkreis künftig eine **Klimaschutzbeauftragte** haben werde, für die im Augenblick kein Budget als solches im Haushalt vorgesehen sei. Dies müsste eventuell noch bei der Fortschreibung in der Zusatzliste berücksichtigt werden.

**Kreisrat Neher** merkt an, die Klimaschutzbeauftragte habe verschiedene Aufgaben zu bewältigen. Es gehe nicht nur um Öffentlichkeitsarbeit, sondern vor allem auch um die Beratung der Kommunen und des Landkreises selbst mit seinen Liegenschaften. Kreisrat Neher möchte daher wissen, wo die Klimaschutzbeauftragte in Zukunft angesiedelt werde. **Landrat Sailer** teilt mit, dass die Klimaschutzbeauftragte der Abteilung 6 zugeordnet werden sollte. Nach Darstellung von **Herrn Schwindling** wird die Klimaschutzbeauftragte die Schnittstelle zum Konzept für den Wirtschaftsraum Augsburg bilden und außerdem zu einem Multiplikator für die Gemeinden werden. Um entsprechende Öffentlichkeitsarbeit machen zu können, werde ein gewisses Budget benötigt. Die Höhe des Budgets müsse in Absprache mit der Kämmerei noch beziffert werden.

### **Lfd. Nr. 34 – 40 (Straßenunterhalt)**

**Herr Seitz** informiert über die Notwendigkeit, beim Straßenunterhalt bis zur 2. Lesung eine Fortschreibung vorzunehmen. Dabei gehe es um die Bestandserfassung der Kreisstraßen in einem eigenen Kataster. Hierfür müssen wohl 50.000 € für die Unterstützung dieser Maßnahme durch Ingenieurbüros oder Praktikanten der Uni etc. eingeplant werden.

### **Lfd. Nr. 41 (Unterhalt von Rad- und Gehwegen)**

Für die Radwegebeschilderung wurden laut **Herrn Seitz** überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 40.000 € zur Verfügung gestellt. Nach aktuellem Stand werden diese Mittel in diesem Jahr nicht mehr kassenwirksam, so dass der Ansatz für 2010 um diese 40.000 € erhöht werden müsse, wonach die Position „Unterhalt von Rad- und Gehwegen“ mit 363.000 € zu Buche schlagen werde.

**Herr Schwindling** teilt mit, man habe diese 40.000 € in gutem Glauben angesetzt, nachdem dies vom Träger mehr oder weniger vorgeschrieben wurde. Zuletzt habe er noch die Information bekommen, dass heuer 17.000 € kassenwirksam werden sollen. Auch dies könne man ad acta legen, nachdem erst vor wenigen Tagen der Förderbescheid eingegangen sei und der Planungsauftrag nun erst Mitte/Ende Januar 2010 vergeben werden soll.

**Kreisrat Durz** fragt nach, ob der komplette Betrag in Höhe von 280.000 € tatsächlich im Jahr 2010 umgesetzt werden kann. **Herr Lutz** erklärt, er gehe davon aus, dass das Planungskonzept erstellt und vielleicht noch die Aufträge vergeben werden. In der Fortschreibungsliste sollen daher nur Planungsmittel angesetzt und der restliche Betrag in die Finanzplanung aufgenommen werden.

Von **Kreisrat Sartor** wird angemerkt, dass dies auch als Baumaßnahme durchgeführt werden und der entsprechende Betrag somit im Vermögenshaushalt vorgesehen werden könnte. Dies sieht **Kreisrat Neher** ebenso. **Herr Schwindling** gibt jedoch zu bedenken, dass an einer Vielzahl von Radwegen schon Beschilderungen vorhanden seien, die nun optisch ansprechender gestaltet werden sollen. Aus seiner Sicht sei dies eine Unterhaltungsmaßnahme. **Herr Seitz** sichert zu, dies noch bis zu den Beratungen in den Fraktionen zu prüfen.

An dieser Stelle spricht **Herr Seitz** eine weitere Fortschreibung an. Der Bau- und Umweltausschuss habe sich wiederholt mit der **Abgeltung der Oberflächenentwässerung** ausei-

mandergesetzt. Am 25.02.2009 habe der Ausschuss einen Beschluss gefasst, der Wirkung hatte auf neue Maßnahmen. In dem Zusammenhang wurde auch die Abwicklung der Altfälle mit einem Finanzierungsbedarf von 2,6 Mio. € dargestellt. Diese Altfälle sollen nun über 3 Jahre hinweg abfinanziert werden. Dies würde bedeuten, dass im Haushalt 2010 ein Betrag in Höhe von 800.000 € für diese Investitionskostenzuschüsse eingestellt werden müsste, 2010 und 2011 wäre jeweils ein Betrag in Höhe von 900.000 € vorzusehen.

Zu **Nr. 4 (Rad- und Gehwegebau) und 5 (Größere Straßenbaumaßnahmen – UA II-Maßnahmen)** der Haushaltsvorlage verweist **Herr Seitz** auf die als Tischvorlage ausgeteilte neue Einzelübersicht (Seiten 10 a und 10 b), die Ergebnis der Klausurberatung vom 06.10.2009 sei. Demnach wurden die Ansätze auf Null gefahren, um zunächst die noch vorhandenen Haushaltsausgabereste aufzubrechen und dann in kommenden Jahren (ab 2011) über neue Ansätze nachzudenken.

#### **Lfd. Nr. 61 (Kreisstraße A 33/Kreuzung BAB 8 bei Streitheim – Investitionszuweisung an den Bund)**

Zu dieser Position informiert **Herr Seitz** über eine weitere Fortschreibung. Augenblicklich seien 241.000 € als Ansatz für 2010 dargestellt. **Frau Hausotter** teilt mit, dass eine Änderung der Vereinbarung über den Ausbau der BAB 8 im Bereich von Streitheim notwendig sei. Die Ablösekosten für die Mehrkosten der Unterhaltung, die damals in § 5 der Vereinbarung geregelt wurden, entfallen nun. Grund hierfür sei, dass diese nur beim Bau einer neuen Kreuzung bzw. einem wesentlichen Ausbau angesetzt werden können. Darüber hinaus wurde aber auch die Mehrwertsteuer angesetzt, was eine Kostensteigerung bedeute. Im Endeffekt verbleibe ein Betrag in Höhe von -7.352 €, den der Landkreis nun weniger bezahlen müsse.

In der Fortschreibung bedeutet dies laut **Herrn Seitz**, dass im Haushaltsjahr 2010 ein Nullansatz mit einer VE über die Gesamtsumme erfolgen werde. Die Gesamtkosten reduzieren sich von 322.000 € auf 314.000 € und sollen dann im Jahr 2011 mit 236.000 € und 2012 mit den restlichen 78.000 € dargestellt werden.

#### **Lfd. Nr. 62 (Kreisstraße A 2 – OD Erkhausen)**

**Herr Schwindling** teilt mit, dass im nächsten Jahr die Planung und die Ausschreibung durchgeführt werden sollen, so dass für das nächste Jahr nur Planungsmittel sowie eine Verpflichtungsermächtigung benötigt werden. Der Bau solle dann komplett im Jahr 2011 abgewickelt werden.

**Herr Lutz** äußert sich anschließend zur Kostensteigerung, die daher kommt, dass sich die Ausbaulänge beim Vollausbau verlängert habe.

#### **Lfd. Nr. 64 (Kreisstraße A 3 – OD Klimmach)**

**Kreisrat Lautenbacher** wirft die Frage auf, ob man 2012 tatsächlich mit der Maßnahme beginnen könne. Seinen Informationen nach werde sich dies wegen Kanalbaumaßnahmen noch um ein Jahr verschieben. Er bittet um Abklärung mit der Stadt Schwabmünchen.

In der Fortschreibung müssen nach Mitteilung von **Herrn Seitz** außerdem noch der **Bahndamm an der Kreisstraße A 24 in Nordendorf** mit insgesamt 260.000 €, die **Umgehung Batzenhofen** mit 2.000 € und die **Oberbauverstärkung Meitingen-St 2045 Waltenhofen** mit 313.000 € berücksichtigt werden.

**Kreisrat Durz** stellt fest, dass der Landkreis nun 2010 relativ wenig baue, aber im Jahr 2011 und 2012 jeweils fast 1 Mio. € vorgesehen habe.



Dazu verweist **Herr Schwindling** auf seine im Zuge der Thematik mit den Haushaltsresten bereits erfolgte Ankündigung, dass die Investitionen zunächst bewusst etwas zurückgefahren werden sollen.

Zur Maßnahme **Meitingen-St. 2045 Waltenhofen** teilt **Herr Lutz** mit, dass diese bereits im Haushalt unter der Position Deckenbau enthalten gewesen sei. Nun soll eine Oberbauverstärkung mit Fahrbahnverbreiterung erfolgen, wodurch eine wesentliche Substanzverbesserung mit dem nötigen Ausbauquerschnitt erreicht werde. Der Grunderwerb sei gesichert. Die hierfür bereits beim Deckenbau angesetzten Gelder werden jedoch nicht ausreichen. Die Maßnahme sei zwar nun förderfähig. Trotzdem bleibe unter dem Strich eine Kostensteigerung für den Landkreis.

**Landrat Sailer** betont, es müsse im nächsten Jahr aufgrund der schwieriger werdenden Haushaltslage zeitig darüber diskutiert werden, welche Tiefbaumaßnahmen im Jahr 2011 überhaupt durchgeführt werden können.

#### **Lfd. Nr. 67 (Bauhof Diedorf)**

Auch hier wird sich nach Mitteilung von **Herrn Seitz** noch eine Veränderung in den Zahlen ergeben. Grund für die Fortschreibung sei der in die nichtöffentliche Sitzung verlegte Tagesordnungspunkt (Ersatzbeschaffung wg. Rücktritt Kaufvertrag Pfau-Rexter). Der Betrag für die Neubeschaffungen erhöhe sich somit von 12.500 € auf 17.500 €. Dem entgegen werden sich die Ersatzbeschaffungen reduzieren. Anstelle des bisher dargestellten Ansatzes von 163.200 € sollen nun 113.200 € vorgesehen werden. Dadurch ergebe sich insgesamt ein Ansatz für Beschaffungen beim Bauhof Diedorf in Höhe von 130.700 €.

Die Verwaltung habe im Haushaltsjahr 2010 zudem mit einer entsprechenden Einnahme aus der Rückabwicklung des Altgerätes gerechnet. Dieses Geld konnte nun bereits im Haushalt 2009 vereinnahmt werden. Die Herausnahme dieses Ansatzes aus dem Haushalt 2010 führe zu einer Verschlechterung der Gesamtsumme um 50.000 €.

#### **Lfd. Nr. 69 (Gebäudeunterhalt sämtlicher kreiseigener Gebäude)**

**Herr Seitz** berichtet, wesentlicher Grund für die Ansetzerhöhung gegenüber dem Vorjahr sei die erforderliche Dachsanierung der Sporthalle bei den Leonhard-Wagner-Schulen Schwabmünchen. Mittlerweile sei der Abbau der Photovoltaikanlage erfolgt. Die vorhandene Holzkonstruktion müsse nun saniert werden, wofür 300.000 € im Haushalt berücksichtigt wurden.

Als Zwischeninformation gibt **Herr Schwindling** zur Kenntnis, dass die Dachsanierung im Wesentlichen das nördliche Hallendachdrittel betreffe. Inzwischen wurden mit der Fa. Fagus als Anlagenbetreiber intensive Gespräche geführt. Die Fa. Fagus habe nun gemeinsam mit einem Statiker ein neues Konzept vorgelegt, wie die vorhandene Photovoltaikanlage so umgebaut werden könne, dass einerseits die Ansammlung von Schneeverwehungen verhindert und andererseits das Gewicht minimiert werde.

Seit letzter Woche liege auch die Prüfstatik der LGA vor. Aus dieser gehe hervor, dass weder Lastüberschreitungen vorhanden seien noch befürchtet werden müsse, dass es durch Schneeverwehungen zu Lastüberschreitungen komme. Aus Sicht der Bauverwaltung würde deshalb nichts dagegen sprechen, dem Investor wieder das Aufbringen der kompletten Photovoltaikanlage – im nördlichen Hallendrittel erst nach der Dachsanierung im Frühjahr – zu gestatten. Eine Gefährdung der Schüler könne aufgrund dieser Berechnungen jetzt ausgeschlossen werden.

**Kreisrat Lautenbacher** möchte wissen, ob in allen Landkreisgebäuden eine solche Überprüfung gemacht werde.

**Herr Schwindling** erläutert, der Investor habe erst auf ein paar Dächern Photovoltaikanlagen aufgebracht. Diese Problematik habe man jedoch zum Anlass genommen, die dortigen statischen Berechnungen zu prüfen. Dabei seien keine Probleme aufgetreten. Bei allen künftigen Anlagen solle nun prophylaktisch die LGA zur Nachkontrolle der Statik eingeschaltet werden, um solche Probleme künftig von vornherein zu vermeiden.

#### **Lfd. Nr. 70 (Sanierung großer Sitzungssaal)**

**Herr Seitz** informiert ergänzend zu dieser Position über die im Haushalt vorgesehenen 165.000 € für Ausstattung und Möblierung des großen Sitzungssaals, wovon ein Betrag in Höhe von 120.000 € als Haushaltsrest 2009 übertragen werde.

Von **Herrn Schwindling** wird an den Wunsch des Ausschusses erinnert, für die Sanierung des großen Sitzungssaals einen Wettbewerb unter Innenarchitekten durchzuführen. Dieser soll im Frühjahr 2010 über die Bühne gehen.

Dazu erklärt **Kreisrat Neher**, seine Fraktion habe über diese Frage intensiv diskutiert. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass die Maßnahme momentan zurückgestellt bzw. nochmals auf den Prüfstand gebracht werden sollte, nachdem andere Hochbaumaßnahmen nun massiv vorangetrieben werden.

#### **Lfd. Nr. 71 (Realschule Bobingen – Energetische Flachdachsanieierung)**

**Kreisrat Durz** möchte wissen, weshalb bei dieser Maßnahme ein Zuschuss aus dem Konjunkturpaket II angeführt sei.

Dazu erläutert **Herr Rohmoser**, dass dem Landkreis aus dem Konjunkturpaket II Zuschüsse in Höhe von 4.750.000 € zgedacht waren. Darin sei das 3. OG bei der Realschule Meitingen berücksichtigt worden. Nach Erhalt des Zuwendungsbescheids sowie nach mehreren Gesprächen wurde von der Regierung von Schwaben aber mitgeteilt, dass das 3. OG der Realschule Meitingen nicht zuschussfähig sei, nachdem es erst 1999 gebaut wurde. Die Hochbauverwaltung habe dann nachgefasst und die Flachdachsanieierung der Realschule Bobingen mit angegeben, wofür der Landkreis nun wahrscheinlich den restlichen Zuschuss aus dem Konjunkturpaket II bekommen werde. Vor rd. 14 Tagen sei die Aussage seitens der Regierung von Schwaben erfolgt, dass die Chancen hierfür gut stünden, aber noch nicht endgültig hierüber entschieden wurde.

**Landrat Sailer** informiert über die vor zwei Tagen gemachte Aussage des Regierungspräsidenten, dass die für Meitingen nicht abgerufenen Mittel aus dem Konjunkturpaket II beim Landkreis verbleiben sollen.

#### **Lfd. Nr. 73 (Realschule Meitingen – Erweiterung der Pausenhalle/Sanieierung der Außenanlagen)**

**Kreisrat Steppich** hinterfragt zu den beiden o. a. Positionen, ob dies nicht kostengünstiger durchgeführt werden könne.

Von **Herrn Schwindling** wird auf die umfangreiche Behandlung des Themas im Bau- und Umweltausschuss verwiesen. Dem Architekturbüro Obel sei es in den Gesprächen mit der Regierung von Schwaben gelungen, fast jeden Quadratmeter, den der Landkreis baue, FAG-förderfähig zu machen. Bei der Ortsbesichtigung habe man gesehen, dass die Realschule Meitingen über keine vernünftige Pausenhalle verfüge. Es sei der Wunsch sowohl des Bau- und Umweltausschusses als auch des Schul- und Kulturausschusses gewesen, der Schule nun diese Pausenhallenfläche zu geben. Das Raumprogramm und die Pläne wurden so

auch schon im Ausschuss akzeptiert. Herr Schwindling bittet deshalb darum, die Diskussion nicht mehr neu aufzurollen.

Im Ansatz für die Erweiterung der Pausenhalle sind laut **Herrn Rohmoser** auch über 300.000 € für die Unterkellerung der Pausenhalle vorgesehen. Dieser Keller werde für die Lüftungsanlage benötigt. Außerdem informiert Herr Rohmoser über die Gesamtförderung für diese Maßnahme, die bei 58,6 % liegt.

**Kreisrat Lautenbacher** spricht die Kosten für die Sanierung der Außenanlagen an. Er möchte wissen, welche Maßnahmen mit den im Jahr 2011 vorgesehenen 900.000 € durchgeführt werden sollen.

**Herr Seitz** erklärt, dass dieser Betrag nicht richtig sein könne und bittet nach einer Überprüfung um Korrektur des Ansatzes für 2011 auf 331.000 €.

#### **Lfd. Nr. 74 (Realschule Zusmarshausen – Erweiterung)**

**Herr Schwindling** bittet darum, hinter die Gesamtsumme für die Erweiterung noch ein Fragezeichen zu setzen. Unlängst wurde darüber berichtet, dass nun die Riegel um jeweils zwei Räume nach Süden hin erweitert werden sollen. Derzeit sei man dabei, die urheberrechtliche Thematik zu klären. Dem ursprünglich mit der Planung der Realschule befassten Büro wurde eine Frist eingeräumt, sich bis Mitte Dezember zu äußern. Ab diesem Zeitpunkt solle dann der Planungsauftrag erteilt werden. Bis zur 2. Lesung im Januar könne der Kostenansatz somit etwas griffiger dargestellt werden.

Auf Anfrage von **Kreisrat Wittmann** informiert **Herr Schwindling** über Regelungen im ursprünglichen Vertrag, in dem auch Aussagen zum Urheberrecht getroffen wurden.

**Kreisrat Sartor** erkundigt sich nach den in der letzten Sitzung erteilten Prüfungsaufträgen zur Platzierung der gemeinsamen Mensa bzw. zur Frage, ob es sinnvoll sei, vorhandene Schulräume zu einer Mensa umzufunktionieren.

Von **Herr Schwindling** wird daran erinnert, dass die Regierung von Schwaben Schwierigkeiten bei der schulaufsichtlichen Genehmigung des Raumprogramms des Schulverbandes gemacht habe. Der Schulverband könnte einen Mensabereich durch Umbauten im Bestand schaffen. Die Realschule ihrerseits gehe davon aus, dass sie ihr bisheriges Konzept weiterhin aufrecht erhalten und die nördlich der Realschule liegende Gaststätte nutzen könne. Der Landkreis wäre somit gar nicht mehr gezwungen, eigene Räume für die Mittagsbetreuung zu bauen, sondern es würde genügen, den nötigen Klassenraumbedarf herzustellen.

**Landrat Sailer** informiert über die Bitte der Regierung von Schwaben, diese beiden Maßnahmen zu trennen. Auch die Regierung von Schwaben empfehle dem Landkreis, die Klassenzimmer zu bauen und die Mittagsbetreuung hiervon isoliert zu betrachten. Eine außenstehende Maßnahme gemeinsam mit dem Schulverband wäre für den Schulverband nicht förderfähig. Um nun endlich weiterzukommen und die Raumnot zu lindern, bleibe nur die einfachste Variante, die drei Riegel zu verlängern.

**Kreisrat Steppich** meint, dass diese Lösung schon mehr Sinn mache, als wenn nun damit begonnen würde, Räume zu tauschen.

Anschließend verweist **Kreisrat Baumeister** auf die als Investitionszuschuss des Schulverbandes Zusmarshausen dargestellten Einnahmen in Höhe von 600.000 € und möchte wissen, ob dieser Zuschuss noch zum Tragen komme. **Herr Seitz** erklärt, dass der gesamte Unterabschnitt in der Fortschreibung des Haushalts neu aufgestellt werden müsse, nachdem diesen Zahlen noch das ursprüngliche Konzept zugrunde gelegt wurde.

### **Lfd. Nr. 75 (Gymnasium Königsbrunn – Generalsanierung)**

**Kreisrat Durz** erinnert daran, dass immer wieder von der dena-Förderung gesprochen werde, die jedoch nicht als Einnahme, sondern in anderer Form fließe. **Herr Seitz** berichtet, dass der Landkreis aufgrund dieses dena-Modellprojektes über die Möglichkeit verfügte, eine deutlich höhere KfW-Kreditzusage zu erhalten. Insgesamt könne ein KfW-Kredit von bis zu 7 Mio. € zu einem Zinssatz von 1,35 % aufgenommen werden. Die Förderung bestehe gewissermaßen in der Differenz des Zinssatzes von 1,35 % zu marktüblichen Zinssätzen.

**Kreisrat Durz** merkt außerdem an, dass eine gewisse Verzögerung der Baumaßnahme eingetreten sei, weshalb er wissen möchte, ob die 9,35 Mio. € tatsächlich im Jahr 2010 benötigt werden. Hierzu teilt **Herr Schwindling** mit, die Verwaltung werde diese Zahlen in Absprache mit dem Architekten bis zur nächsten Sitzung nochmals aufbereiten.

Von **Kreisrätin Höfer** wird nachgefragt, ob die in 2009 angesetzten Zuwendungen nach Art. 10 FAG in Höhe von 1 Mio. € eingegangen seien oder dieser Betrag heuer noch erwartet werde. **Herr Seitz** erklärt, dass der Betrag in Höhe von 1 Mio. € bewusst als Signal in den Haushalt eingestellt wurde, um eine schnellstmögliche Förderung zu erreichen. Gegenüber dem Freistaat musste jedoch eine Erklärung abgegeben werden, dass der Landkreis für eine gewisse Zeit in die Vorfinanzierung gehe, um die Maßnahme überhaupt gefördert zu bekommen. Er gehe realistischerweise davon aus, dass dieses Geld erst ab 2012 beim Landkreis eingehen werde.

### **Lfd. Nr. 75 (Gymnasium Königsbrunn – Neubau Sporthalle)**

**Herr Schwindling** informiert darüber, dass sich der Schul- und Kulturausschuss in seiner Sitzung am 24.11.2009 aufgrund einer entsprechenden Empfehlung des Arbeitskreises mit dem Thema befasst habe. Von der Regierung von Schwaben wurde jetzt die Förderfähigkeit und Notwendigkeit einer Zweifachsporthalle bestätigt. Bereits bei der Vorstellung des Entwurfs für das Investitionsprogramm wurde darauf hingewiesen, dass die Kosten im Rahmen der Haushaltsberatungen unter Umständen noch erhöht werden müssen.

Herr Schwindling erläutert den Ausschussmitgliedern sodann den aktuellen Planungsstand. Die Gesamtkosten für eine Dreifachturnhalle in Kooperation mit der Stadt Königsbrunn würden in etwa 6,2 Mio. € brutto betragen. Der Haushaltsansatz 2010 betreffe nur Planungsmittel in Höhe von 350.000 €. Darüber hinaus solle eine Verpflichtungsermächtigung vorgesehen werden. Diese versetze den Landkreis in die Lage, im Anschlussbereich an die bestehende Ostfassade weiterplanen zu können.

Weiter werde mit einer FAG-Förderung in Höhe von rd. 1 Mio. € für die Zweifachhalle des Landkreises sowie mit einem Investitionszuschuss seitens der Stadt Königsbrunn in Höhe von rd. 2.220.000 € gerechnet. Dieser Investitionszuschuss beinhalte 1/3 der Halle sowie die zusätzlichen Kosten für eine Tribüne in Höhe von rd. 250.000 €, die vom Landkreis für den Schulsport nicht benötigt werde. Damit würden sich für den Landkreis Nettokosten in Höhe von 2.980.000 € ergeben.

**Kreisrat Schantin** gibt zu verstehen, dass von dieser Maßnahme allerdings auch die Freisportanlagen betroffen seien, die aufgrund der von der Stadt Königsbrunn gewünschten Dreifachsporthalle verlegt werden müssen. Kreisrat Schantin geht davon aus, dass die von der Stadt Königsbrunn dabei verursachten Kosten ebenfalls zu 100 % von der Kommune übernommen werden. Dies gelte auch für Nebenkosten, Architektenleistungen etc.

**Herr Schwindling** erklärt, dass die Verlegung des Freisportfeldes im Detail noch nicht diskutiert sei. Auch das von der Stadt gewünschte Kunstrasenspielfeld sowie die Folgelasten wurden im Arbeitskreis thematisiert. Zunächst müsse für den Bau und Betrieb der Dreifach-

halle eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Königsbrunn abgeschlossen werden. Bgm. Fröhlich habe angefragt, ob der Landkreis als Bauherr für die Verlegung des Freisportfeldes auftreten würde. Dies mache aber nur dann Sinn, wenn der Landkreis für das Freisportfeld auch eine entsprechende Förderung bekomme. Wie sich letztendlich die Kosten verteilen, welchen Ausbaustandard die Freisportflächen erhalten und ob die Regierung von Schwaben überhaupt ein Kunstrasenspielfeld fördern werde, müsse erst noch geklärt werden. Hierüber werde die Verwaltung im Zusammenhang mit der Vorlage der Vereinbarung dann ausführlich berichten, so Herr Schwindling.

Darüber hinaus möchte **Kreisrat Steppich** noch wissen, warum nun zwei Halleneinheiten benötigt werden. Dies hängt laut **Landrat Sailer** mit der Anzahl der Schüler zusammen. **Herr Schwindling** erläutert, dass ein Großteil der Schwimmbadzeiten von der Bereitschaftspolizei in Königsbrunn benötigt werde. Die Polizei habe aber damals bei der Investition mit bezahlt und demzufolge ein entsprechendes Belegungsrecht. In der Gesamtbetrachtung sei aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen nun der Bedarf für diese zweite Halle gegeben. Für den Schulsport sei es natürlich auch von Vorteil, über eine Dreifachsporthalle zu verfügen. So könnten beispielsweise aufgrund der größeren Hallenhöhe auch Volleyballturniere abgehalten werden.

#### **Lfd. Nr. 76 (Gymnasium Diedorf)**

Von **Herrn Schwindling** wird dargelegt, dass mit dem Ansatz von 10 Mio. € zunächst das Signal für den Startschuss eines Gymnasiums in Diedorf gesetzt werden soll. Damit sei ein Neubau aber noch nicht gänzlich vom Tisch. Im Ausschuss wurde festgelegt, dass im nächsten Jahr zunächst eine Machbarkeitsstudie erfolgen soll, in der beide Varianten abgeklöpft werden (Neubau bzw. sukzessive Übernahme des Gebäudes der Grund- und Hauptschule). Um sofort auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie reagieren zu können, wurden entsprechende Haushaltsansätze eingeplant. Zunächst sei jedoch nur ein Planungsansatz in Höhe von 100.000 € im Haushalt 2010 vorgesehen.

#### **Lfd. Nr. 80 (Allgemeine Hochbauverwaltung - Gutachterkosten)**

**Kreisrat Schoner** fragt nach, ob der Betrag in Höhe von 105.000 € dafür vorgesehen sei, sämtliche Gebäude des Landkreises untersuchen zu lassen, die nicht bereits untersucht wurden.

Dazu teilt **Herr Schwindling** mit, dass man hier bereits tätig geworden sei. Zum Teil wurden Mittel übertragen, weil noch nicht alle Aufträge erteilt werden konnten. Diese Untersuchungen sind nach Mitteilung von Herrn Schwindling notwendig, um entsprechende Datengrundlagen für das Gebäudemanagement zu erhalten. Für diese Bestandsdatenermittlung sei eine gutachterliche Begleitung erforderlich.

Darüber hinaus möchte **Kreisrat Schoner** wissen, ob dieser Bereich von der Klimaschutzbeauftragten betreut werden soll. **Herr Rohmoser** führt aus, dieser Ansatz werde benötigt, um die Gebäudeanlagen vermessungstechnisch aufzunehmen. Aufgrund bevorstehender Maßnahmen wurden bisher die Beruflichen Schulen Neusäß sowie die Realschulen Bobingen und Meitingen vermessen. Mit dem jetzt vorgesehenen Betrag von 105.000 € sollen diese Vermessungen fortgesetzt werden.

**Kreisrat Sartor** stellt fest, dass hierfür 190.000 € aus dem Haushaltsjahr 2009 sowie 105.000 € zur Verfügung stehen. **Herr Seitz** informiert darüber, dass lediglich noch Ausgabereste in Höhe von ca. 80.000 € verfügbar seien. Diese verfallen jedoch zum Jahresende, nachdem es sich hierbei um Mittel im Verwaltungshaushalt handelt.

**Herr Schwindling** erklärt, dass gute Pläne benötigt werden, wenn man mit dem Gebäudemanagement vernünftig arbeiten wolle. Bei der Eruiierung der Reinigungsleistungen wurde z. B. festgestellt, dass die bisher angenommenen Flächengrößen zum Teil deutlich von den neu vermessenen Flächen abweichen. Der jetzt vorgesehene Betrag werde auch nicht ausreichen, um alle Liegenschaften zu vermessen.

**Kreisrat Wittmann** führt an, dass diese Vermessungsgrundlagen den bei eventuellen Sanierungen beauftragten Firmen künftig zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies wurde im Fall der Realschule Meitingen bereits so gehandhabt, so **Herr Rohmoser**.

**Kreisrat Steppich** kommt nochmals auf die **Lfd. Nr. 40, Zusatzliste (Verkehrsbefragung)** zurück. Er bittet um Auskunft, ob hier an bestimmte Strecken gedacht sei oder ob es sich um eine Pauschalposition handle. **Herr Lutz** erläutert, die Streckenbefragung stehe in Zusammenhang mit den angedachten Auf- bzw. Abstufungen von Kreisstraßen. Zum Teil gibt es laut **Herrn Schwindling** hierzu Anregungen der Gemeinden. Bei diesen Strecken wolle man gezielt mit Befragungen reagieren, um dann über eine entsprechende Entscheidungsgrundlage für den Ausschuss zu verfügen.

**TOP 4 Tiefbau**  
**Kreisstraße A 13 - Rad- und Gehweg von Waldberg nach Reinhartshausen;**  
**Abschluss der Vereinbarungen zum Neubau des Rad- und Gehweges**  
**mit der Stadt Bobingen und der Gemeinde Großaitingen**  
**Vorlage: 09/0247**

Anlagen: Vereinbarung mit der Gemeinde Großaitingen  
 Vereinbarung mit der Stadt Bobingen

### Sachverhalt:

Im Tiefbau-Investitionsprogramm 2009 bis 2013 ist für den Ausbau der Kreisstraßen in Verbindung mit dem Ausbauprogramm für kombinierte Rad- und Gehwege an Kreisstraßen entsprechend dem Radwegekonzept der Neubau des gemeinsamen Rad- und Gehweges entlang der Kreisstraße A 13 von Waldberg nach Reinhartshausen vorgesehen.

Nach der Straßenverkehrszählung des Jahres 2005 wurden auf der Kreisstraße A 13 (Zählstelle Nr.: 77309701 Waldberg) folgende Verkehrsbelastungen gezählt:

DTV-(Kfz/24 h) 2.893  
 Schwerlastverkehr 124

Die Trassenführung des Rad- und Gehweges verläuft von Waldberg ausgehend auf der Nordseite der Kreisstraße bis zum Ortseingang von Reinhartshausen. Die Radwegtrasse verläuft weitgehend unmittelbar entlang der Kreisstraße und teilweise etwas zurückverlegt durch die angrenzenden Waldbestände. Entsprechend der forstfachlichen Stellungnahme vom September 2009 führt im Hangbereich die geplante Trasse von der Kreisstraße abgesetzt durch den Waldbestand, um das Gefährdungsrisiko insbesondere für Randschäden und Windwurf gering zu halten. Im weiteren Verlauf erfolgt die Führung des Rad- und Gehweges entlang der Kreisstraße. Das bestehende Feldkreuz wird im Einvernehmen mit dem Grundstückseigentümer nach hinten versetzt.

Es ist beabsichtigt, einen gemeinsamen Rad- und Gehweg mit einer befestigten Breite von mindestens 2,50 m herzustellen und durch einen der RAS-Q entsprechenden Sicherheitsstreifen, in der Regel durch ein mindestens 1,75 m breites Bankett, von der Fahrbahn der Kreisstraße abzusetzen. Auf dem Teilstück zwischen Reinhartshausen und dem Wald wird

der Grünstreifen auf 3,50 m Breite aufgeweitet. Auf dem 3,50 m breiten Grünstreifen zwischen Straße und Rad- und Gehweg erfolgt eine aufgelockerte Bepflanzung.

Bei der Planung des Geh- und Radweges wurde insbesondere in Abschnitten mit Grunderwerb eine äußerst Flächen sparende Lösung gesucht.

Im größten Teil der Baustrecke steht neben der Kreisstraße leicht abfallendes Gelände (landwirtschaftliche Flächen) an, so dass der Geh- und Radweg hier ohne größere Erdbauarbeiten realisiert werden kann. Lediglich auf Teilstrecken muss das Gelände abgeflacht werden, um die Entwässerung nach außen sicherzustellen und gleichzeitig die Sichtverhältnisse für den Straßenverkehr zu verbessern.

Im Waldbereich von K A 13\_180\_4,038 bis K A 13\_180\_4,518 wird der Rad- und Gehweg in der Breite auf ca. 3 m ausgeführt. Grund hierfür ist das starke Gefälle. Im Bereich von K A 13\_180\_2,463 bis K A 13\_180\_2,498 wird der Rad- und Gehweg in der Breite auf ca. 3 m mit Hochbord ausgeführt. Grund hierfür ist die Ausbildung des Radwegendes mit einer einschleifenden Radfahrerfurt.

Art und Umfang der Maßnahmen ergeben sich aus dem noch nachzureichenden Bauentwurf, mit dessen Erstellung das Ingenieurbüro Schneider beauftragt ist.

An den Kosten des gemeinsamen Rad- und Gehweges an freier Strecke der Kreisstraße beteiligen sich nach Abzug der staatlichen Förderung die Gemeinde Großaitingen für den Bereich der Gemarkung Reinhartshofen und die Stadt Bobingen für den Bereich der Gemarkung Waldberg und Reinhartshausen mit jeweils 20 v. H.. Die nach Abzug einer staatlichen Förderung verbliebenen Kosten zum Bau der Überquerungshilfe werden von der Stadt Bobingen zu 100 v.H. getragen.

Der Bauentwurf mit Kostenschätzung wird dem Bau- und Umweltausschuss noch zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Vereinbarungen wurden den beteiligten Kommunen mit Schreiben vom 28.10.2009 zur Beratung und Beschlussfassung übersandt.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt. 1.6501.9500 462.000 €
			€ HhSt. 1.6501.9590 11.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
660.000 €	€	Eigenanteil: 286.000 €	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): 374.000 €

**Bemerkungen:**

Neben der Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr sind Haushaltsreste aus dem Haushaltsjahr 2008 vorhanden:

HhSt. 1.6501.9320 135.000 €

HhSt. 1.6501.9590 52.000 €

Es wird mit einem Zuschuss i.H.v. ca. 250.000 € und einem Gemeindeanteil i.H.v. 124.000 € gerechnet.

Als jährliche Folgekosten sind die Unterhaltskosten anzusehen.

Nach Erläuterung des Sachverhalts durch **Frau Hausotter** möchte **Kreisrat Durz** wissen, ob die Vereinbarung analog bisheriger Vereinbarungen abgeschlossen werden soll.

**Frau Hausotter** erklärt, dies ist bis auf die Änderung hinsichtlich der Überquerungshilfe der Fall.

### Beschluss:

Dem Abschluss der zum Bestandteil dieses Beschlusses erklärten Vereinbarungen zum Bau eines gemeinsamen Rad- und Gehweges von Waldberg nach Reinhartshausen mit der Stadt Bobingen und der Gemeinde Großaitingen in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

**TOP 5 Hochbau**  
**Bestellung eines Arbeitskreises "Berufliches Schulzentrum Neusäß"**  
**Vorlage: 09/0248**

### Sachverhalt:

Aufgrund der guten Erfahrungen mit den früheren Arbeitskreisen, insbesondere auch bei der Baumaßnahme Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn, wird seitens der Bauverwaltung angeregt, auch für die Beruflichen Schulen Neusäß einen Projekt begleitenden beratenden Arbeitskreis zu bilden, um permanente und vor allem aktuelle Informationen der Kreistagsfraktionen zu gewährleisten.

Von den Fraktionen wurden inzwischen folgende Vorschläge für die Besetzung des Arbeitskreises unterbreitet:

	Mitglied	Stellvertreter
CSU	Ulrike Höfer	Alfred Sartor
SPD	Annegret Kirstein	Franz Neher
FW	Stefan Steinbacher	Henriette Kirst-Kopp
GRÜNE	Joachim Schoner	Silvia Daßler
FDP	Robert Wittmann	Manfred Buhl



<b>Finanzielle Auswirkungen:</b> <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. € <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

--

**Kreisrat Durz** teilt mit, dass entgegen dem bisherigen Vorschlag seiner Fraktion Gerhard Mößner als Mitglied und Ulrike Höfer als Stellvertreterin in den Arbeitskreis berufen werden sollen.

**Beschluss:**

Für die Dauer der Baumaßnahme „Berufliches Schulzentrum Neusäß“ wird ein Arbeitskreis „Berufliches Schulzentrum Neusäß“ gebildet.

Auf Vorschlag der Fraktionen bestellt der Bau- und Umweltausschuss folgende Kreistagsmitglieder bzw. Vertreter in den Arbeitskreis:

	Mitglied	Stellvertreter
CSU	Gerhard Mößner	Ulrike Höfer
SPD	Annegret Kirstein	Franz Neher
FW	Stefan Steinbacher	Henriette Kirst-Kopp
GRÜNE	Joachim Schoner	Silvia Daßler
FDP	Robert Wittmann	Manfred Buhl

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: 0

**TOP 6 Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

**TOP 7 Wünsche und Anfragen**

- keine Wünsche und Anfragen -